



„Original orientalische Teppiche enthalten immer mindestens einen absichtlichen Webfehler. In jedem Teppich muss immer mindestens ein Knoten falsch geknüpft sein. Das soll uns daran erinnern, dass wir Menschen sind und nicht so tun sollten, als wären wir vollkommen.“ (Dr. Hans Rosling, Stockholm 2018)

„Deutschland im Reformrausch – Fortschritt für wen?“

Der renommierte Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge referiert am Donnerstag, 23. Juli 2026 um 20 Uhr im Lindauer Club Kulturforums der *LINKEN* im Land. In Deutschland herrsche, so der Regierungswechsel soziale Eisesständigen Ruf nach „schmerzhafter“ würde so getan, als ginge es den schon im Bürgergeldbezug sowie – zu gut und den Reichen – gern – zu schlecht. Auch die Regierungskoalition bringe eher GeringverdienerInnen. In einem nach Ansicht von Christoph Der bestehende Sozialstaat sei nämlich dann nicht, wenn der im Laufe der Legislaturperiode entscheidende Frage, so Christoph oder Sozialstaat? Butter und schon die Nazis, lassen sich nicht müssen uns angesichts der massiven Aufrüstung für eines von beiden entscheiden“. Der Referent plädiert schon wegen seines Familiennamens für die Butter.



Vaudeville auf Einladung des Kreis Lindau.

Referent, seit dem letzten Kälte, verbunden mit dem ten“ Reformen. Paradoxe Armer – Geflüchtete und Men unterbezahlten Lohnabhängig-Unternehmern und Kapitalanlegeplante Steuerreform der Vorteile für Gutbetuchte als für Punkt hat der Bundeskanzler Butterwegge allerdings recht: nicht mehr finanzierbar, Rüstungshaushalt wie geplant verdreifacht wird. Die Butterwegge, laute: „Rüstungskanon, das bemerkten gleichzeitig bezahlen. Wir

Was die Merz-Regierung im Moment versucht durchzusetzen,

ist der härteste Angriff auf unsere Arbeits- und Sozialrechte seit dem zweiten Weltkrieg. Der 8-Stunden-Tag wird in Frage gestellt, die Rente zusammengestrichen und die Krankenversicherung geht den Bach runter. Das lassen wir nicht zu. Wir gehen auf die Straße und machen unter dem Motto „Es reicht!“ deutlich, was wir von der CDU-CSU-SPD-Regierung und deren Plänen halten: Nichts!

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Leben, es war ein verdammt langer Weg, das durchzusetzen. Und auch wenn manche von uns jetzt schon mehr als acht Stunden am Tag arbeiten – bisher kann uns kein Chef dazu gesetzlich zwingen. Doch wenn die Bundesregierung sich durchsetzt, ist genau das möglich: Schuft bis zum Umfallen.

Und darüber hinaus womöglich sogar bis 70. Um das zu erreichen, lügt uns die Regierung gnadenlos ins Gesicht: „Wer länger lebt, soll länger arbeiten“, aber die Lebenserwartung nimmt gar nicht mehr zu. Und das was sie zugenommen hat, ist durch die Rente mit 67 schon längst zunichte gemacht worden. Es wird höchste Zeit, dass alle bei der Altersversorgung mitmachen.

Genauso wie bei der Krankenversicherung! Anstatt die mit ins Versicherungs-Boot zu holen, die es sich leisten können – und die private Krankenversicherung endlich abzuschaffen –, sollen jetzt die Kranken an der Apothekenkasse noch mehr zahlen. In einer solidarischen Gesellschaft kümmern sich die Starken um die Schwachen, die Reichen um die Armen und die Gesunden um die Kranken. Geht's nach Merz & Co., passiert in Deutschland bald endgültig das Gegenteil.

Deshalb rufen wir Sie auf: Organisieren Sie mit uns den Widerstand gegen Merz und seine Regierung – zusammen gehen wir auf die Straße und setzen uns zur Wehr, denn „Es reicht!“ einfach mal sowas

von. **DIE LINKE.**

**Kundgebungen und Demonstrationen „Es reicht mit dem Sozialabbau“ in Ravensburg:
6. Juli, 13. Juli und 20. Juli 2026, jeweils von 17-19 Uhr am Marienplatz in der Stadtmitte.**

Gute Rente, gutes Leben!

Die Rente muss für ein gutes Leben reichen und den Lebensstandard im Alter der Menschen sichern. Das ist problemlos finanzierbar, da unsere Gesellschaft von Jahr zu Jahr reicher und vor allem deutlich produktiver wird. Die Linke hat einen Vorschlag, wie wir die gesetzliche Rente zu einem guten Schutz für alle ausbauen können.

Dafür setzen wir uns ein: Rentenniveau erhöhen; Renteneintrittsalter absenken; Schluss mit Altersarmut; Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtern; Niedriglohnsektor abschaffen; eine gemeinsame staatliche Rentenversicherung für alle, also auch für Beamte, Beamtinnen, BerufspolikerInnen und Selbständige; Beitragsbemessungsgrenze anheben; Solidarausgleich für Niedriglöhne; bessere Anerkennung von Kindererziehung, Pflegezeiten und Erwerbslosigkeit bei der Berechnung der Rentenhöhe; Gesetzliche Rente stärken statt die Versicherungskonzerne; strukturelle Benachteiligungen der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner beenden.

Das läuft falsch: Viele machen sich Sorgen, ob sie im Alter arm sein werden.

Die Rentenkürzungen und die Unsicherheit des Arbeitsmarktes treffen besonders Jüngere mit voller Wucht. In vielen Berufen gelang es den Arbeitgebern, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 bedeutet für viele Beschäftigte schlicht eine Rentenkürzung. Denn in körperlich und nervlich anstrengenden Berufen kann man so lange nicht durchhalten, sondern muss „vorzeitig“ mit Abschlägen in Rente gehen. Die Unternehmerverbände wollen das Rentenalter sogar noch weiter erhöhen: Auf 69 oder bald 70 Lebensjahre. Dass man in der Pflege oder auf dem Bau so lange gar nicht arbeiten kann, scheint sie nicht zu stören. Die Arbeitsagentur rechnet schon jetzt Menschen über 58 als „nicht vermittelbar“ aus ihrer Statistik heraus. Dies verschweigen die Unternehmer und ihre Politiker, denn es geht gar nicht darum, ob ältere Menschen als Arbeitskräfte gebraucht werden.

Es ging und geht bei allen Renten-„Reformen“ darum, dass die Mehrheit der Unternehmer und Unternehmerinnen nicht mehr für die Beschäftigten sorgen wollen, die ihnen jahrzehntelang ihre Gewinne erarbeitet haben. Deswegen wurde die „private Vorsorge“ eingeführt, in welche die Beschäftigten nun privat mit einzahlen sollen, und es geht der Regierung um die „Entgeltumwandlung“, bei der Beschäftigte betriebliche Rentenansprüche auf Kosten ihrer gesetzlichen Rente aufbauen sollen. Wenn wir aber alle Erwerbstätigen bei der Einzahlung in die Rentenversicherung einbeziehen, können wir die gesetzliche Rente wieder zur sicheren Altersvorsorge für alle machen. Paritätisch finanziert von den Unternehmen und den Beschäftigten. **DIE LINKE.**



Am 11. Juli 2026 ist erneut das Stadtfest in Lindau.

Die Lindauer Initiative zu Palästina und Israel und deren kriegszerstörerischen Konflikt kann dort von 12:00 bis 16:00 Uhr die Bühne auf der Gerberschanze für Musik und Tanzvorführungen aus dem Kulturraum Palästina nutzen. Außerdem wird die Initiative dort einen Infostand zum völkermörderischen Vorgehen von israelischer Regierung, Behörden, Siedlern, Polizei und Armee gegen die in Gaza und dem Westjordanland lebenden palästinensischen Menschen durchführen und Essen verkaufen.

„Touristinnen und Touristen fahrt heim!“

Unter der Hauptparole „Weniger Tourismus, mehr Leben – Menys Tourisme, Més Vida“ finden am 26. Juli 2026 auf der Insel Mallorca und in weiteren spanischen Orten wie Barcelona, Valencia und auf den Kanarischen Inseln erneut Protestaktionen gegen den Übertourismus statt. Ursachen dafür sind, dass das dortige Zuviel an Touristenindustrie

inzwischen für Mangel an Trinkwasser, Mangel an Wohnungen für Einheimische und das Tourismuspensonal sowie für Wohnungsmietpreise sorgt, die sich die dort arbeitenden und lebenden Menschen immer weniger bis überhaupt nicht mehr leisten können.

Wessen Aufrüstung gefährdet wen? Entgegen den üblichen Nachrichten wurden neulich folgende Aufrüstungsinformationen bekannt: Die europäischen NATO-Staaten einschließlich Kanada und ohne die USA verfügen aktuell über 7.104 Kampfpanzer, Russland über 3.630 Exemplare, die genannten NATO-Staaten außerdem u.a. über 2.215 Kampfflugzeuge, Russland nur über 1.064. Wer überwiegt?

V.i.S.d.P.: **DIE LINKE**, 88131 Lindau, **Kontakt:** www.die-linke-allgäu.de; Redaktionsschluss: 26. Juni 2026,

<https://www.instagram.com/dielinkelindau/>, Büroadresse: In der Brandstatt 9a, 87435 Kempten/Allg.